

## 60 Jahre CDU.

# Erfolgreich für Deutschland.

Besser für die Menschen.



# CDU

## „Unsere Motivation heißt Deutschland“

Mit einem Festakt und einem anschließenden Empfang im Konrad-Adenauer-Haus feierte die CDU Deutschlands ihren 60. Geburtstag. Zahlreiche Gäste und Vertreter anderer Parteien waren der Einladung ins Theater am Schiffbauere-

damm gefolgt. Hier waren am 16. Juni 1945 Ex-Reichsminister Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Heinrich Krone und viele andere zusammengekommen, um die CDU in Berlin zu gründen.

Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl erinnerte in ▶

### INHALT

MediaNight 2005  
Seite 8 – 11

Dokumentation  
„60 Jahre CDU –  
Erfolgreich für Deutsch-  
land“ – Rede der CDU-  
Vorsitzenden Angela  
Merkel auf dem Festakt  
Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ 60 Jahre Christlich Demokratische Union – Wofür wir heute stehen (S. 5 – 7) ■ A. Laschet: Rot-grüne Regierung schwächt Reform der Vereinten Nationen (S. 12 – 13) ■ Visa-Ausschuss muss weitermachen (S. 13) ■ Europa muss handlungsfähig bleiben (S. 15) ■ CDU Köln stärkt ihre Mitglieder (S. 16) ■ EAK-Bundestagung (S. 17 – 18) ■ J. Gehb: Kabinettschluss zur DNA-Analyse unzureichend (S. 19) ■ M. Böhmer: Ausbildungsbilanz zeigt katastrophale wirtschaftliche Lage (S. 19 – 20) ■ P. Götz: Bürokratie und Regelungsdichte abbauen (S. 20 – 21) ■ D. Wöhr: Kein Raubzug auf Kosten des Mittelstandes (S. 21 – 22) ■ K. Riegert: Finanzierung des gemeinnützigen Sports sichern (S. 22) ■ A. Vaatz: Mehr Gerechtigkeit für SED-Opfer (S. 23) ■ G. Hasselheldt: Rot-grüne Agrarpolitik gescheitert! (S. 24) ■ P. Bleser: Landwirtschaft – wichtige Stütze des Mittelstandes (S. 24 – 25) ■ EU: Handlungsfähigkeit sichern! (S. 26)



Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel und Altbundeskanzler Helmut Kohl

► seiner Rede an die Gründungsphase der CDU vor 60 Jahren. Andreas Hermes, der erste Vorsitzende des Reichsbundes der Christlich Demokratischen Union in Berlin, sei noch im Januar 1945 vom Volksgerichtshof unter Freisler zum Tode verurteilt worden. Über Monate habe er in der Todeszelle gesessen und sei nur auf Grund glücklicher Umstände freigekommen.

Zurecht habe Eugen Gerstenmaier später davon gesprochen, dass die „Gründung der Union in den Gefängnissen von Tegel“ stattgefunden habe“. Ausdrücklich würdigte Kohl die Leistung der Männer und Frauen in den demokrati-

schen Parteien, die nach dem Krieg die „Ärmel hochgekrempt“ und sich daran gemacht hätten, das zerstörte Land wieder aufzubauen. Der langjährige CDU-Vorsitzende betonte, dass allein die Union unbeirrt das Bewusstsein für die Einheit der Nation wach gehalten habe, auch in Zeiten, in denen das Bekenntnis zum vereinigten Vaterland nicht in Mode gewesen sei. Der Altkanzler wies auf die Erfolge beim Aufbau der neuen Bundesländer hin. Wer heute durch die neuen Länder fahre, erkenne, dass es die „blühenden Landschaften“ tatsächlich gebe.

Heute stehe mit Angela Merkel eine Frau an der

## IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33, Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profflich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Spitze der Union, die erst nach der Wende vom Demokratischen Aufbruch zur CDU gekommen sei. Kohl nannte Merkels Nominierung zur Kanzlerkandidatin „eine gute Wahl“. Ausdrücklich appellierte er an die gesamte Union, die Kanzlerkandidatin mit aller Kraft zu unterstützen. „Lassen Sie uns gemeinsam in den Kampf ziehen“, erklärte Kohl. „Es ist unsere patriotische Pflicht, Deutschland wieder nach vorne zu bringen“.

In ihrer Festrede verwies die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, darauf, dass für Christdemokraten der „Dienst für unser Land“ stets das „Herzstück unseres politischen Auftrags“ gewesen sei. „Unsere Motivation heißt Deutschland“, fasste die Vorsitzende zusammen.

Christlich-demokratische Politik habe sich nie als „Ab-rücken von“ bestimmt, sondern stets als „Einstehen



Die Parteivorsitzende bei der Ehrung der Gründungsmitglieder

für“: für das eigene Land, für die europäische Einigung, für die transatlantische Partnerschaft, für die Soziale Marktwirtschaft, für die Freiheit und Verantwortung. „Unsere Verpflichtung gilt dem Wohlergehen der Menschen. Diese Verpflichtung ist das Herzstück unseres politischen Auftrages.“

Die CDU sei immer „die Partei des Neubeginns in Deutschland“ gewesen, sagte die Parteivorsitzende weiter und machte deutlich, dass die Bundesrepublik heute wieder vor großen Aufgaben stehe. Innenpoli-

tisch sei eine „veränderte gesellschaftspolitische Architektur vonnöten, um die materiellen, die sozialen und die moralischen Werte zukunftsfähig zu machen“. Zugleich müsse auf europäischer Ebene eine neue Verständigung über die Ziele und Grenzen der Europäischen Union herbeigeführt werden. „Ein 'Weiter so' geht nicht mehr“, unterstrich Merkel.

„Politik mit Mut - das ist heute erneut gefragt“, sagte die Unions-Kanzlerkandidatin mit Blick auf die Massenarbeitslosigkeit in Deutsch-

## 1945

17. 6.: Programmberatungen in Berlin auf Initiative von Andreas Hermes. Erste Beratungen ehemaliger Zentrumsmitglieder und Christlicher Gewerkschafter in Köln über die Gründung einer christlich-demokratischen Partei.

23. 6.–1. 7.: Verabschiedung des Programmentwurfs „Kölner Leitsätze“.

26. 6.: Gründungsaufruf der CDU in Berlin.

land. Dem Ziel, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, müsse sich alles andere unterordnen. Voraussetzung dafür sei jedoch ein Politikwechsel hin zu neuer Freiheit, zu neuer Verantwortung und zu neuer Verlässlichkeit. Das Schlusswort hatte Katha-

rina Hermes, die Urenkelin des Parteimitbegründers Andreas Hermes: Die Nachkriegsgeschichte belege eindrucksvoll, wie wichtig die CDU für „Deutschland war und ist“. Besonders schätze sie die Ausgewogenheit der CDU, die nicht versuche, alles

„übereinen Kamm zu scheren oder gleich zu machen“. Auch die soziale Seite der CDU sei ihr wichtig, ebenso wie das Festhalten an den christlichen Werten. „Die CDU wird eine starke Partei bleiben“, zeigte sich die Berliner Schülerin zuversichtlich.



## BUCHTIPP



■ **Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU,**  
hrsg. v. Konrad-Adenauer-Stiftung,  
3-451-22996-X, 374 Seiten, Juni 2005,  
5,15 Euro

Die CDU ist mit der deutschen Geschichte seit 1945 aufs engste verbunden. Als überkonfessionelle Volkspartei der Mitte gegründet, entwickelte sie sich in 60 Jahren zur erfolgreichsten Partei nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Mit den von ihr gestellten Kanzlern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl hat sie „Geschichte gemacht“. Ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebener Aufsatzband würdigt die Leistungen der CDU, ihre historische und programmatische Entwicklung und die Weichenstellungen, mit denen sie die Bundesrepublik Deutschland nachhaltig geprägt hat.

**22. 7.:** Gründungsversammlung der CDU in Berlin.

1. Vorsitzender: Andreas Hermes.

**14.–16. 12.:** „Reichstreffen“ in Bad Godesberg zur Koordinierung der christlich-demokratischen Bestrebungen; Einigung auf den gemeinsamen Namen Christlich Demokratische Union Deutschlands



60 JAHRE CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION -

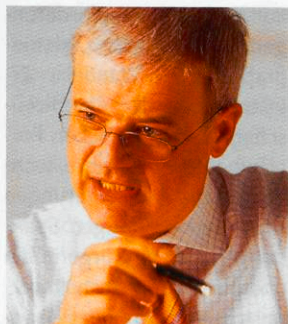
## Wofür wir heute stehen

### 1. Die historischen Leistungen

Die Christlich Demokratische Union hat die Geschichte Deutschlands nach 1945 so stark geprägt wie keine andere demokratische Partei. Sie hat alle entscheidenden politischen Weichenstellungen vorgenommen und oft gegen hartnäckigen Widerstand durchgesetzt. Von der Bindung der Bundesrepublik an die westlichen Demokratien, der Sozialen Marktwirtschaft, die den Gegensatz von Arbeit und Kapital überwand und in bisher ungekanntem Maße Wohlstand für alle Realität werden ließ, über die Europäische Einigung bis hin zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit: Die CDU hat Deutschland politisch erfolgreich gestaltet. Dabei hat sie eine enorme Integrations-

leistung vollbracht. Sie hat verschiedene politische Strömungen in sich vereint – liberale, konservative, soziale und christliche. Sie hat katholische wie evangelische Christen erstmals zur fruchtbaren Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Partei geführt. Zugleich war sie immer offen für die Mitarbeit von Menschen mit anderen religiösen Bekenntnissen bzw. weltanschaulichen Überzeugungen.

Als große Volkspartei der Mitte und als Partei der Sozialen Marktwirtschaft ist der CDU die Abgrenzung von einem Liberalismus der Beliebigkeit einerseits und dem Sozialismus der Bevormundung andererseits erfolgreich gelungen. Sie hat so der politischen Mitte Gewicht gegeben, damit auch politischen Extremismus niedergehalten und die Demokratie



Christoph Böhr, Stellv. Vorsitzender der CDU und Vorsitzender der CDU-Wertekommission

in Deutschland stabilisiert. Die Vielfältigkeit der in ihr vereinten politischen Strömungen, aber auch die tiefe regionale Verwurzelung und föderale Struktur der CDU erfordern oft komplizierte innerparteiliche Prozesse der Meinungsbildung. Dafür haben Beschlüsse der CDU ein ganz besonderes Gewicht: Sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft und stehen für diese.

## 1946

4. 1.: Jakob Kaiser und Ernst Lemmer übernehmen die „Reichsleitung“ der CDU Berlin.

## 1947

5.–6. 2.: In Königstein wird die Gründung der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU vereinbart.

## 2. Aktuelle Herausforderungen

Wie vor 60 Jahren steht Deutschland heute wieder vor großen Herausforderungen. Globalisierung, demographischer Wandel, Erkenntnisse der medizinischen und biologischen Forschung sowie rasante technologische Veränderungen führen zu vielfältigen Spannungen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind deshalb verunsichert und fühlen sich angesichts scheinbar unvereinbarer Anforderungen an sie persönlich wie auch an das ganze Land überfordert:

- Soziale Sicherheit muss auch in Zukunft in Deutschland gewährleistet bleiben. Es darf aber nicht weiter mit einer uferlosen Schuldenpolitik die Zukunft späterer Generationen verspielt werden.
- Der wissenschaftliche Fortschritt muss genutzt werden, aber er findet dort seine Grenzen, wo die Würde des Menschen in Gefahr ist.
- Wirtschaftliches Wach-

tum und mehr Arbeitsplätze sind Voraussetzung, um Wohlstand für alle zu mehreren, aber dabei dürfen nicht die Umwelt ruiniert und Ressourcen auf Kosten späterer Generationen vergeudet werden.

■ Die Chancen der Globalisierung müssen genutzt werden. Deutschland soll ein weltoffenes Land bleiben. Zugleich muss die kulturelle Identität unseres Landes gewahrt bleiben.

■ Leistung und Wettbewerb sind Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg, aber eine Gesellschaft, in der alles und jeder nur unter kommerziellen Gesichtspunkten betrachtet wird, muss verhindert werden.

■ Die moderne Arbeitswelt erfordert Flexibilität und Mobilität, aber unsere Gesellschaft muss auch verlässliche Familienstrukturen und Heimatbindung ermöglichen.

■ Deutschland muss seine nationalen Interessen wahren. Zugleich muss es seiner Verantwortung für Frieden

und Entwicklung in der Welt gerecht werden.

## 3. Wertegebundene Politik der Mitte und des Ausgleichs

Gerade Zeiten beschleunigten Wandels und der damit verbundenen Unsicherheit verlangen nach einem festen Wertefundament. Die CDU hat dies im christlichen Menschenbild. Dieses Menschenbild ist das einende Moment aller verschiedenen Strömungen in der Partei und Basis für den Erfolg der CDU. Der CDU ist es mit diesem Menschenbild gelungen, religiös begründete Werte in eine moderne Staats- und Wirtschaftsordnung zu übersetzen, die bis heute Bestand hat und weit über den Kreis der Christen hinaus Anerkennung und Unterstützung gefunden hat. Aber ohne den Schutz der Unantastbarkeit der Menschenwürde, die auch von Mehrheiten nicht zur Disposition gestellt werden darf, wäre die Demokra-

# 1949

15. 7.: Verabschiedung der „Düsseldorfer Leitsätze“ zur „Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft“ durch die CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft.

15. 9.: Konrad Adenauer wird 1. Bundeskanzler.



tie ihrerseits nicht menschenwürdig. Wem daran liegt, diese Substanz von Demokratie zukunftsfähig zu halten, dem muss daran gelegen sein, auch ihre religiösen Wurzeln nicht versiegen zu lassen.

Das „C“ im Namen der CDU bewahrt sie vor einer Politik, die Menschen und Gesellschaft gleichsam am ideologischen Reißbrett fern der Realität formen will. Es bewahrt sie zugleich vor einem orientierungslosen Pragmatismus, der zu Instabilität führen muss. Freiheit und Gerechtigkeit, aus der sich das Erfordernis der Solidarität ableitet, sind die wichtigsten Grundwerte der CDU. Im Mittelpunkt christlich demokratischer Politik steht der von Gott gewollte freie Mensch. Die Menschen sollen sich und ihre individuellen Stärken und Talente frei entfalten können – in Verantwortung vor Gott und ihren Mitmenschen. Daraus erwachsen Gerechtigkeit und Solidarität der Menschen untereinander. Das christli-

che Menschenbild ist die beste Gewähr dagegen, dass Einzelne und Gruppen ihre Interessen auf Kosten anderer durchsetzen.

Der Mensch steht im Mittelpunkt christlich demokratischer Politik, aber er ist nicht das Maß aller Dinge, denn er ist fehlbar. Dieses Erkenntnis bewahrt vor ungezügelter Machbarkeitswahn und lehrt Demut.

Die CDU setzt auf die Kraft der Menschen. All zu sehr wurde in der Vergangenheit auf den Staat gesetzt. Das hat zu nicht mehr finanzierbaren Lasten für den Staat und die Bürger, der Verbreitung einer Mentalität der Abhängigkeit und zu Ineffizienz geführt. Die CDU traut den Bürgerinnen und Bürgern zu, wieder mehr Eigenverantwortung zu übernehmen – zum eigenen Wohle und dem der Gesellschaft als Ganzes. Sie ist die Partei verantwortungsbewusster und verantwortungsbereiter Bürgerinnen und Bürger. Sie wird den Menschen wieder mehr

Freiheit geben. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis zur Verschiedenartigkeit der Menschen. Jeder soll seine Talente und Stärken entfalten können, jeder Mensch ist ein Gewinn für die Gemeinschaft. Gleichheit als Resultat von Politik ist nicht nur nicht möglich, sondern im Sinne der Individualität des Menschen auch nicht wünschenswert. Das christliche Menschenbild ist der Maßstab, den die CDU an alle aktuellen Fragen anlegt. Auf seiner Grundlage wird die CDU Deutschlands auch in Zukunft mit ihren Konzepten für eine Politik stehen, die Brücken baut und der Mitte der Gesellschaft Gewicht verleiht. Die Christlich Demokratische Union ist keine Klientelpartei, sondern Volkspartei, die alle Schichten, Berufsgruppen und Generationen übergreifend Politik gestaltet. Aus der Verantwortung des Menschen vor Gott und gegenüber seiner Schöpfung weiß die CDU sich in der Pflicht, immer das große Ganze in den Blick zu nehmen.

## 1950

**31. 7.:** Die CDU-Landesvorsitzenden billigen das Statut der CDU Deutschlands.

**20.–21. 10.:** 1. Bundesparteitag der CDU in Goslar unter dem Motto „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Adenauer wird zum 1. Vorsitzenden der CDU gewählt.

MEDIANIGHT 2005

## Vorfahrt für Kommunikation



Angela Merkel mit Heiner Lauterbach und dessen Frau Viktoria

**Über 2000 Gäste folgten der Einladung in das Konrad-Adenauer-Haus, um sich über die neuesten Trends der Medien- und Internet-Branche zu informieren und später bei ausgelassener Partystimmung den Tag ausklingen zu lassen.**

In ihrer Rede forderte die Partei- und Fraktionsvorsit-

zende Angela Merkel die Deutschen auf, sich stärker in der Medienbranche als einem Wachstums- und Innovationssektor zu engagieren. Dazu gehöre es, „Risiken einzugehen“ und sich „ein Stück weit ins Ungewisse zu wagen“, erklärte Merkel auf der MediaNight. Die Deutschen könnten sich dieser

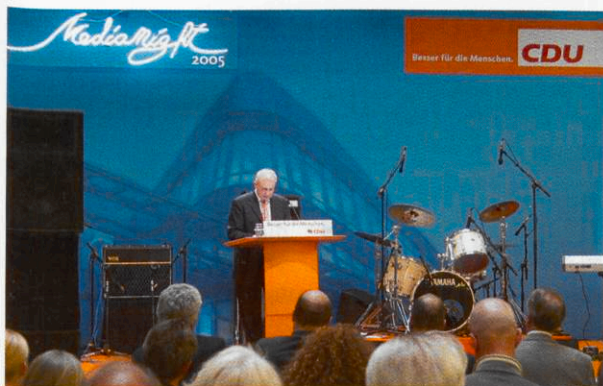
Herausforderung mit „Selbstbewusstsein“ stellen. Schließlich habe das Land alle Chancen, wieder zur Wachstumsspitze in Europa und in der Welt aufzuschließen.

Gerade in einem Zukunftsmarkt wie der Medien- und Kreativwirtschaft müsse Deutschland wieder Standards setzen, erklärte

# 1951

**18.–21. 10.:** 2. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe unter dem Motto „Deutschland und Europa“. Die CDU bekennt sich zu einem geeinten Europa und zu einem wiedervereinten Deutschland.





Generalsekretär Volker Kauder begrüßt die Gäste der MediaNight

die Unions-Kanzlerkandidatin. Denn nur wer Standards setze, werde auch zum „Marktführer“. Das gelte im

Übrigen auch für alle anderen Innovationen. Allerdings müssten die politischen Rahmenbedingungen stimmen.

Ausdrücklich plädierte die Partei- und Fraktionsvorsitzende für einen engeren Kontakt zwischen den Vertretern der Wachstumsbranchen und dem Parlament. „Wir müssen von unseren verschiedenen Gebieten etwas verstehen, um zu pragmatischen Lösungen zu kommen“, betonte Angela Merkel.

## Private und Öffentlich-Rechtliche brauchen „faire Entwicklungschancen“

Zuvor hatte CDU-Generalsekretär Volker Kauder die Gäste begrüßt, unter ihnen Schauspieler Heiner Lauterbach, Regisseur Dieter Wedel, DJ Paul van Dyk, den Vorstandsvorsitzenden von Arcor, Harald Stöber, und ZDF-Programmdirektor Thomas Bellut. In vier parallel stattfindenden Panels diskutierten sie mit den Gä-



Gastredner Guillaume de Posch, Vorstandsvorsitzender der ProSiebenSat.1 Media AG

Eine umfangreiche Berichterstattung über die MediaNight mit Berichten über die einzelnen Panels sowie eine Bildergalerie finden Sie auf der Homepage der CDU-Deutschlands unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

# 1956

27. 4.: Die CDU/CSU-Fraktion beschließt, für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht einzutreten.



Panel 1: „Das duale Rundfunksystem – Neue Herausforderungen zwischen Grundversorgungsauftrag und Quote“



Panel 2: „Der deutsche Film – Gute Perspektiven auf unsicherem Fundament“

sten über die Situation des deutschen Films, die Zukunft der Musikwirtschaft, das duale Rundfunksystem sowie die Informations- und Telekommunikations-Infrastruktur.

Mit Blick auf die Verfassungsbeschwerde der ARD

gegen die Rundfunk-Gebührenerhöhung sagte Kauder, dass höchste deutsche Gericht müsse jetzt Klarheit schaffen, wer in dem komplizierten Verfahren welche Befugnisse und Handlungsspielräume haben solle. In diesem Zusammenhang

machte der CDU-Generalsekretär deutlich, dass die Union an „zwei gleich starken Säulen im dualen System“ festhalte. Damit einhergingen „faire Entwicklungschancen“ sowohl für die Privaten als auch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Um die Finanzierbarkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten sicher zu stellen, begrüßte Volker Kauder die Begrenzung der Programmmzahl. Denn neue Programme bedeuteten mehr Kosten und dies könne die Politik in Zeiten, in denen die Menschen „jeden Euro zweimal herum-drehen“ müssten, nicht verantworten. Außerdem plädierte der Generalsekretär dafür, den „Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ zu präzisieren. Neben den Werbepausen gehe es dabei auch um die Frage, inwieweit eine hohe Zuschauerquote Zielmarke für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sein könne.

# 1963

23. 4.: Der Fraktionsvorstand der CDU/CSU nominiert Ludwig Erhard als Kanzlerkandidaten. Am 16. 10. Wahl zum Bundeskanzler.





Panel 3: „Von der Musikwirtschaft zur Kreativwirtschaft“



Panel 4: „Standortfaktor ITK-Infrastruktur: Verpasst Deutschland den Anschluss?“

Gastredner war in diesem Jahr der Vorstandsvorsitzende der ProSiebenSat.1 Media AG, Guillaume de Posch.

### Patrick Nuo & Band live on stage

Die jährlich stattfindende MediaNight findet auch deshalb von Jahr zu Jahr mehr Zuspruch, weil es bei diesem Event nicht nur um harte Fakten geht, sondern das Feiern nicht zu kurz kommt.

In diesem Jahr sorgten DJ Casi sowie Patrick Nuo mit Band für die musikalische Unterhaltung der Gäste.



Patrick Nuo & Band

## 1966

- 21.–23. 3.: 14. CDU-Bundesparteitag in Bonn. Ludwig Erhard wird zum Bundesvorsitzenden der Partei gewählt.
- 1. 12.: Kurt Georg Kiesinger wird nach Erhards Rücktritt Bundeskanzler. CDU/CSU und SPD bilden die Große Koalition.

## Rot-grüne Regierung schwächt Reform der Vereinten Nationen

**Nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden steckt Europa in einer Krise, aber die Welt und die globalen Herausforderungen nehmen keine Rücksicht auf Europas interne Streitigkeiten.**

Weltweite Klimaverschiebungen, internationaler Terrorismus, Ausbreitung von Seuchen, Armut, Hunger und Krieg brauchen gemeinsame Antworten der internationalen Gemeinschaft. Deshalb ist eine Reform der Vereinten Nationen im 60. Jahr ihres Bestehens dringend erforderlich. Diese Reform braucht eine geeinte Europäische Union, die ihren Beitrag leistet zur Umsetzung der ambitionierten Millenniumsziele, auf die sich die Weltgemeinschaft verständigt hat.

Das Europäische Parla-



Armin Laschet

ment hat im Juni eine konkrete Antwort auf die Reformvorschläge der Hochrangigen Gruppe und des UN-Generalsekretärs zur UN-Reform formuliert. Die Menschenrechtskommission, in der häufig Unrechtsregime die Politik bestimmen, muss in einen kleineren ständigen Menschenrechtsrat verwandelt werden. Die Arbeit der Generalversammlung soll deutlich effizienter

gestaltet und der Wirtschafts- und Sozialrat aufgewertet werden, um dieses Organ mit dem UN-Sicherheitsrat in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Entwicklung auf eine Ebene zu stellen. Der Sicherheitsrat selbst muss den Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Nicht die Siegermächte von 1945 mit ihrem Veto-Recht, sondern Afrika, Asien und Lateinamerika müssen ebenso vertreten sein, wie die Europäische Union.

Leider fällt Deutschland in der Ausgestaltung der Reform völlig aus, da die rot-grüne Bundesregierung ausschließlich auf einen Ständigen nationalen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat fixiert ist. Dies hat Porzellan in Europa zerschlagen und Außenminister Fischer er-

# 1967

22.–23. 5.: 15. CDU-Bundesparteitag in Braunschweig. Bundeskanzler Kiesinger wird als Nachfolger Ludwig Erhards zum Bundesvorsitzenden gewählt.



lebte erst vor wenigen Tagen in Washington, dass auch die amerikanische Regierung eher an einem starken Europa und weniger an "deutschen Sonderwegen" interessiert ist. Die weltweiten Probleme sind zu groß, als dass Prestigedenken weiterhelfen würde. Im September ist eine der wichtigsten UN-Vollversammlungen seit dem Bestehen der Weltorganisation.

Die angeschlagene rot-grüne Bundesregierung hat mit ihrem Sonderweg den Einfluss Deutschlands minimiert. Es ist wichtig, dass eine unionsgeführte Bundesregierung wieder das Gewicht Europas stärkt und einen gemeinsamen Beitrag leistet zu den gigantischen Herausforderungen, die die Welt bedrohen.

**Armin Laschet** MdEP ist Vorsitzender des Bundesausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands.

## VISA-AUSSCHUSS MUSS WEITERMACHEN

### Der Visa-Untersuchungsausschuss des Bundestags muss seine Arbeit fortsetzen.

Das entschied das Bundesverfassungsgericht und gab da-



Eckart von Klaeden

mit einem Eilantrag von Union und FDP gegen das von den rot-grünen Koalitionsfraktionen durchgesetzte vorzeitige Aus des Ausschusses statt. Der Zweite Senat des obersten deutschen Gerichts entschied einstimmig, dass der Untersuchungsausschuss „bis zum Zeitpunkt einer etwaigen Anordnung des Bundespräsidenten, den 15. Deutschen Bundestag aufzulösen, die Zeugeneinvernahme... unverzüglich fortzuführen“ habe. Der Ausschuss hatte Anfang Juni mit den Stimmen von SPD und Grünen die Zeugenvernehmung wegen der für September er-

warteten Bundestagswahl vorzeitig beendet. Die rot-grüne Koalition begründete dies damit, dass nur so der gesetzlich vorgeschriebene „Sachstandsbericht“ über die Arbeit des Ausschusses rechtzeitig vorgelegt werden könne, der im Dezember 2004 eingerichtet worden war. Unions-Obmann Eckart von Klaeden begrüßte die Entscheidung aus Karlsruhe, die dem Versuch von SPD und Grünen einen Riegel vorge-schoben habe, Aufklärung zu verhindern. „Der Rechts- und Verfassungsbruch zieht sich wie ein rot-grüner Faden durch die Visa-Affäre“, sagte Klaeden. Beim Zeitplan sei man kompromissbereit, jedoch bestehe die Union auf der Vernehmung Schilys und weiterer Zeugen.

# 1969

**28. 9.:** CDU/CSU erhalten bei der Bundestagswahl 46,1 % der Stimmen. SPD und FDP bilden die sozial-liberale Regierungskoalition und verweisen CDU/CSU in die Opposition.



## Mehr Gestaltungsspielräume für „Ostländer“

**Die Konferenz der Vorsitzenden der CDU-Fraktionen in den ostdeutschen Landesparlamenten ist überzeugt, dass die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Osten Deutschlands nur über ein deutliches Plus bei Wachstum und Beschäftigung in ganz Deutschland zu lösen sind.**

Grundsätzlich gelte, dass der Osten nur gemeinsam mit dem Westen wachsen könne. Daher müssten nach einem Regierungswechsel im Bund zügig Reformen eingeleitet werden, die in ganz Deutschland wirkten. Darüber hinaus benötigten die Länder im Rahmen einer grundlegenden Föderalismusreform mehr Gestaltungsspielräume, forderte die „CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz Ost“.

Themenschwerpunkte der Beratungen der CDU-Fraktionskonferenz Ost waren die Sicherung des Korb 2 des Solidarpaktes II und die europäische Strukturpolitik in der Förderperiode 2007 – 2013.

Die CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz Ost setzt sich gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass die Zusage zum Korb 2 des Solidarpakt II eingehalten wird. Mit diesem Ziel sollen die den neuen Bundesländern im Korb 2 zugesagten Mittel klarstellend und rechtsverbindlich gesetzlich verankert werden. Darüber hinaus streben die Fraktionsvorsitzenden im Rahmen einer Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern eine Korrektur der Zahlungsverpflichtungen für die Zusatz-

und Sondersversorgung der DDR (AAÜG) an. Die bisherige Höhe der Erstattungsleistungen der Länder an den Bund aufgrund von Ansprüchen und Anwartschaften nach dem AAÜG soll mit dem Ziel nach unten korrigiert werden, die Haushalte der neuen Bundesländer zu entlasten. Mit Blick auf die Europäische Strukturpolitik in der Förderperiode 2007 bis 2013 fordert die CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz Ost die Bundesregierung auf, für eine ausreichende Mittelausstattung Sorge zu tragen. Sollte es im Strukturfondsbereich zu Einsparungen kommen, müssten die Mittel stärker auf die schwächsten Regionen der EU, darunter die neuen Bundesländer, konzentriert werden.

### 1971

4.-5. 10.: 19. CDU-Bundesparteitag in Saarbrücken. Rainer Barzel wird Nachfolger von Kurt Georg Kiesinger als CDU-Bundenvorsitzender.

29. 11.: Rainer Barzel wird Kanzlerkandidat von CDU und CSU.



# Europa muss handlungsfähig bleiben

**Nach den gescheiterten EU-Referenden in Frankreich und den Niederlanden muss das Grundvertrauen in die Europapolitik wieder hergestellt werden. Das fordern die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU in einer einstimmig beschlossenen Resolution im Rahmen der Großen Konferenz der Fraktionsvorsitzenden in Kiel.**

Die Fraktionsvorsitzenden fordern in dem Papier „Europa muss handlungsfähig bleiben“, die Gründe für das „Nein“ sorgfältig zu analysieren und daraus Schlussfolgerungen für das weitere Ratifikationsverfahren und den europäischen Einigungsprozess zu ziehen. Es sei unumgänglich, durch aktives Umsteuern in der Europapolitik den Ängsten der EU-Bevölkerungen Rechnung zu tragen und das Grundvertrauen in die Europapolitik wiederherzustellen.

Dazu sei es dringend erforderlich, die Politik überstürzt und nicht ausreichend vorbereiteter Erweiterungen zu korrigieren, außerdem müssten Themen wie Bürokratieabbau sowie Vereinfachung, Verschlackung und Begrenzung der europäischen Gesetzgebung zügig angegangen werden, so der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Europäischen Demokraten (ED), Hans-Gert Pötering. Er machte deutlich: „Nicht jedes Problem in Europa ist auch ein Problem für Europa“.

Die Fraktionsvorsitzenden haben eine Liste von elf Punkten zusammengestellt, die die politischen Fehler und Versäumnisse der rot/grünen Bundesregierung verdeutlichen, durch welche das Vertrauen der Bürger in die Europäische Integration zerstört wurde. Die rot/grüne

Bundesregierung dürfe jetzt keine Entscheidungen mehr zu Lasten und auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland treffen.

Die Fraktionsvorsitzenden zeigen sich in ihrer Resolution überzeugt, dass es einer Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel gelingen werde, das europapolitische Erbe von Konrad-Adenauer und Helmut Kohl zu bewahren und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wiederherzustellen. Eine unionsgeförderte Bundesregierung werde darauf hinwirken, dass der europäische Einigungsprozess fortgeführt werde.

Sie finden die Resolution unter [www.cdu.de/Themen/Politik A-Z/Beschlüsse](http://www.cdu.de/Themen/Politik-A-Z/Beschlüsse) (im rechten grauen Frame)/sonstige Beschlüsse



## 1973

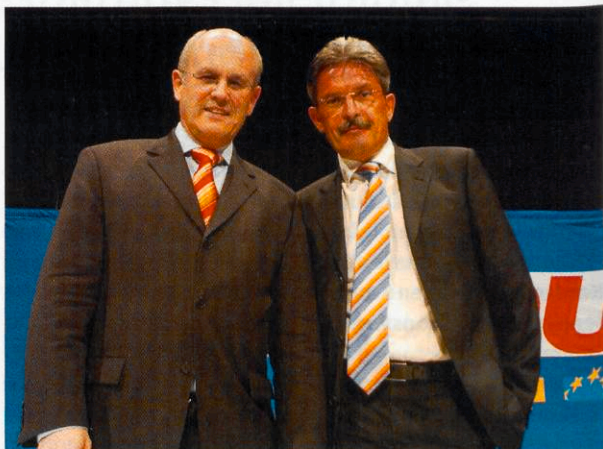
- 8. 5.:** Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO ab; Rainer Barzel tritt daraufhin als Fraktionsvorsitzender zurück.
- 12. 6.:** 21. CDU-Bundesparteitag in Bonn. Nach dem Rücktritt Rainer Barzels wird Helmut Kohl zum Bundesvorsitzenden gewählt.

N R W

## CDU Köln stärkt ihre Mitglieder

**Mit überwältigender Mehrheit beschlossen die Mitglieder der CDU Köln die Einführung des Mitgliederprinzips.**

Auf einer gesonderten Mitgliederversammlung hatte sich zuvor auch CDU-Generalsekretär Volker Kauder dafür ausgesprochen: „Die Partei besteht aus Programmen und Köpfen, aber ihr größter Schatz sind die Mitglieder. Und die müssen die Gewissheit haben, dass sie nicht nur zum Plakate kleben da sind, sondern mitentscheiden dürfen.“ Gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden der CDU Köln, Walter Reinarz, warb er eindringlich für die Weiterentwicklung der CDU zur modernen Bürgerpartei. Reinarz ist sich zudem sicher: Das Mitgliederprinzip bringt dem mit über 6.300 Mitgliedern fünftgrößten CDU-Kreisver-



CDU-Generalsekretär Volker Kauder und Walter Reinarz, Vorsitzender der CDU Köln

band „mehr innerparteiliche Mitbestimmung und damit eine höhere Legitimation von Entscheidungen sowie mehr Transparenz“.

Knapp tausend anwesende Mitglieder sprachen sich dafür aus. Es gab nur wenige Dutzend Gegenstimmen. Nach knapp halbstündiger Aussprache hatte

die Basis sogar auf geheime Abstimmung verzichtet und per Handzeichen die Abschaffung des Delegiertenprinzips vollzogen. Damit gilt das Mitgliedersystem in der CDU Köln zunächst bis Ende 2008 in Bezug auf alle Sach- und Personalfragen sowie auf allen Ebenen des Kreisverbandes.

### 1975

19. 6.: Helmut Kohl wird Kanzlerkandidat der Union.

### 1976

14. 12.: Helmut Kohl wird Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



## 42. EAK-Bundestagung in Heidelberg

# Merkel: Das „C“ im Namen der Union ist unverzichtbar

„Zukunft für Deutschland – zwischen ‚Multikulti‘ und ‚Leitkultur‘?“ – so lautete das Motto der 42. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in Heidelberg.

Zur Aktualität des Themas sagte der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel, dass „Zukunft für Deutschland“ auch den Einsatz und die Sorge für die wertemäßigen und geistig-moralischen Grundlagen mit einschließen müsse, von denen unser Land lebe. „Ohne das bewusste Erinnern, Vermitteln und Vorleben wertemäßiger Vorgaben kann es keine gedeihliche, solidarische und menschenwürdige Zukunft in unserem Land geben. Eine Politik ohne wirklich tragendes Wertefundament – das sehen wir derzeit am Nieder-



gang von Rot-Grün geradezu beispielhaft – ist zum Scheitern verurteilt.“, so Rachel.

Die Kanzlerkandidatin der Union, Angela Merkel, sprach in Heidelberg vor über 1500 Gästen zum Thema „Zukunft für Deutschland in christdemokratischer Perspektive“. Die CDU-Parteivorsitzende und ehemalige Bundesvorsitzende des EAK plädierte in ih-

rer Grundsatzrede für eine wertegebundene Politik in christlicher Verantwortung und unterstrich die Unverzichtbarkeit tragender Glaubensüberzeugungen für die zukünftige Gestaltung unseres Landes. Merkel betonte, dass das „C“ im Parteienamen unverzichtbar sei. Es komme aber darauf an, diesen Orientierungsmaßstab am christli-

## 1978

12.–13. 6.: Gründung der Europäischen Demokratischen Union (EDU).

23.–25. 10.: 26. CDU-Bundesparteitag in Ludwigshafen. Die Partei beschließt ihr erstes Grundsatzprogramm.



Auf der EAK-Bundestagung: von links: Gustav Isernhagen, Hans-Michael Bender, Dieter Hackler, Angela Merkel, Ingo Friedrich MDEP, Thomas Rachel MdB, Christian Meißner, Christine Lieberknecht

chen Menschenbild in den veränderten Zeiten neu zu erläutern. „Das ‚C‘ – das Christliche – sollte nie im Sinne einer Abschottung verstanden werden, vielmehr ist es eine Einladung. Das Fundament unserer Gesellschaft und das Fundament der Christlich Demokratischen Union und das Fundament der Christlich Sozialen Union ist ohne die christliche Botschaft nicht denkbar“, sagte Merkel.

Thomas Rachel sicherte der Kanzlerkandidatin der

Union die volle Unterstützung des EAK zu. Er unterstrich, dass es jetzt um die Herausforderung gehe, in der Politik ein neues Vertrauen zu befördern: „Angela Merkel verkörpert für viele Menschen die Glaubwürdigkeit und Hoffnung, die dieses Land braucht, damit es wieder bergauf geht.“

Mit großer Mehrheit wurde Thomas Rachel auf der Bundesdelegiertenversammlung in seinem Amt als Bundesvorsitzen-

der bestätigt. Er erhielt 98,7% der gültigen Stimmen. Als stellvertretende Vorsitzende des Bundesvorstandes wurden der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich, die hessische Kultusministerin Karin Wolff, die thüringische CDU-Fraktionsvorsitzende Christine Lieberknecht, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Dieter Hackler, und Gustav Isernhagen aus Niedersachsen gewählt.

## 1979

2. 7.: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag entscheidet sich für Franz-Josef Strauß und gegen Ernst Albrecht als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1980.



## Kabinettschluss zu DNA-Analyse unzureichend

**Die Bundesregierung tut nach wie vor nicht genug, um Sexualstraftäter, die Organisierte Kriminalität, Terroristen und andere Straftäter zu überführen und zu bestrafen.**

Zu diesem Zweck müsste sie diesen genetischen Fingerabdruck mit anderen erkenntnisdienlichen Maßnahmen wie dem normalen Fingerabdruck oder Fotos des Beschuldigten gleichstellen. Dass die Bundesregierung dies nicht tut, gibt Zeugnis von einem tief verwurzelten und unangemessenen Misstrauen gegenüber Richtern, Staatsanwälten und Polizei.

Die vorgesehene Beurteilung minderschwerer Straftaten, die statt einer erheblichen Straftat für die Anordnung der DNA-Analyse genügen soll, dürfte mittels der geplanten Prognose pro-



Jürgen Gehb

zessual fragwürdig und realitätsfremd sein. Die dazu vorzunehmende Gesamtschau muss eine Gleichwertigkeit der Straftaten zum Ergebnis haben; zudem muss der beurteilende Richter mit weiteren schweren Taten rechnen. Diese Anforderungen sind kaum einzuhalten bzw. dürften dann instanzgerichtlich einer Überprüfung kaum Stand halten.

Die CDU/CSU fordert seit langem, die DNA-Analyse zur Identifikation möglicher Straftäter einzusetzen. Dies fordern übrigens auch der Bundesinnenminister

und fast alle Länderinnenminister. Alle weiteren Möglichkeiten der DNA-Analyse zur Erforschung von Erbanlagen, Krankheiten usw. sollen ausdrücklich davon ausgeschlossen sein. Es geht nur und ausschließlich um die Identifikation. Daher ist der genetische Fingerabdruck kein intensiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte wie der normale Fingerabdruck oder Fotos.

**Jürgen Gehb** ist der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Ausbildungsbilanz zeigt katastrophale wirtschaftliche Lage

**Die vorgestellten Zahlen zur Ausbildungssituation zeigen, dass die Unternehmen trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation weiterhin ihrer Verantwortung nachzukommen versuchen, allen ausbildungsfähigen und ausbildungs-**

# 1982

**20. 9.:** CDU und CSU vereinbaren mit der FDP, Helmut Kohl am 1. 10. durch ein konstruktives Mißtrauensvotum zum Bundeskanzler zu wählen.

# 1985

**20. 3.:** 33. CDU-Bundesparteitag in Essen. Die Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau werden verabschiedet.

## willigen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz bereit zu stellen.

Für diese Anstrengungen dankt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausdrücklich Unternehmen und Wirtschaftsverbänden in Deutschland.

Vorschnelle Schlüsse und Schuldzuweisungen sind an dieser Stelle unangebracht und verschleiern nur den Blick auf das Wesentliche: Eine nachhaltige Besserung der Ausbildungssituation in Deutschland wird es erst mit einer qualitativ hochwertigen Bildungspolitik in allen Bundesländern – insbesondere auch in den sozialdemokratisch geführten – und einer strikt auf wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen gerichteten Wirtschafts- und Steuerpolitik geben.

Die Unionsfraktion steht zum Ausbildungspakt. Eine Ausbildungssteuer oder andere Zwangsmaßnahmen lehnen wir ab, weil sie kein Beitrag zur wirklichen Lö-



Maria Böhmer

sung des Beschäftigungsproblems sind.

Darüber hinaus ist durch die Steigerung des Bildungsniveaus in den Schulen dafür zu sorgen, dass die jungen Menschen tatsächlich ausbildungsfähig sind, wenn sie die Schule verlassen. Es ist besorgniserregend, wenn alle Umfragen unter ausbildungswilligen Betrieben immer wieder bestätigen, dass wertvolle Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben müssen, weil es den Bewerbern an grundlegenden schulischen und sozialen Kompetenzen fehlt. Nur mit einer besseren

und früheren Verzahnung von Schule und Beruf wird es gelingen, jungen Menschen eine Perspektive eröffnen zu können und sie nicht von der Schulbank in die Perspektivlosigkeit zu entlassen.

**Maria Böhmer** ist Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Bürokratie und Regelungsdichte abbauen

**Es ist nicht zu fassen: Parallel zur Verabschiedung des rot-grünen Antidiskriminierungsgesetzes, das für die kommunalen Arbeitgeber mit insgesamt 1,4 Millionen Beschäftigten ein teurer bürokratischer Mehraufwand bedeutet, wird in der SPD schon über weitere bürokratische Bürden für die Kommunen nachgedacht.**

So ist offensichtlich geplant, das Urheberrecht dahingehend zu ändern, dass

# 1989

- 10. 9.: Vier Mitglieder der Ost-CDU schicken den „Brief aus Weimar“ an die Parteileitung und die Kreisverbände der Ost-CDU. Darin wird u. a. die Einlösung grundlegender Freiheitsrechte in der DDR gefordert.
- 10. 11.: Der Hauptvorstand der Ost-CDU wählt Lothar de Maizière zum neuen Vorsitzenden.



künftig kommunale Museen für jedes ausgestellte Bild eine besondere Ausstellungsvergütung zu zahlen hätten. Neben dem bürokratischen Aufwand, herauszufinden, ob für die Kunstgegenstände überhaupt ein Urheberschutz besteht, kommt auf die Museen ein erheblicher finanzieller Mehraufwand hinzu. Da häufig keine Eintrittsgelder erhoben werden, befürchten die Kommunen völlig zu Recht, dass Schließungen die Folge sein können.

Rot-Grün hat nichts dazu gelernt und setzt seine falsche Politik strikt fort. Dabei könnten über die Senkung der kommunalbelastenden Regelungsdichte den Kommunen wichtige Einsparungen ermöglicht werden.

CDU und CSU unterstützen deshalb die kommunale Ebene bei ihren Bemühungen um Deregulierung und Standardabbau. Unser Ziel



Peter Götz

ist, den Kommunen Handlungsspielräume zurückzugeben und Bürokratie abzubauen.

**Peter Götz** ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### Kein Raubzug auf Kosten des Mittelstandes

**„Nach mir die Sintflut“: Das scheint die Haltung von Hans Eichel in den letzten Wochen von Rot-Grün zu sein. Anders kann man**

**den dreisten Plan des Finanzministers, das ERP-Sondervermögen auf die KfW zu übertragen, nicht erklären.**

Der deutsche Mittelstand soll für die verkorrupte Finanz- und Haushaltspolitik der noch amtierenden Bundesregierung erhalten. Diesen Raubzug auf Kosten so vieler kleiner und mittlerer Unternehmen werden wir nicht mitmachen.

Die Gelder aus dem ehemaligen Marshall-Plan waren dazu gedacht, dem Mittelstand in Deutschland auf die Beine zu helfen. Sie wurden uns von den USA nicht überlassen, um damit Löcher im Haushalt zu schließen. Deshalb verstößt die Bundesregierung mit ihrem Zugriff eindeutig gegen das Substanzerhaltungsgebot im ERP-Gesetz. Dies haben auch Verfassungsrechtler und der Bundesrechnungshof unmissverständlich bestätigt.

Heute befinden sich wieder viele Betriebe in einer

4. 12.: Die Ost-CDU tritt aus dem „Zentralen Demokratischen Block“ aus.

15.–16.: 12. Sonderparteitag der Ost-CDU in Berlin. Abkehr vom Sozialismus, Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Einheit der deutschen Nation.



Dagmar Wöhrl

existentiell schwierigen Situation. Um notwendige Wachstumsimpulse zu geben, brauchen wir eine erfolgreiche und gut ausgestattete Mittelstandsförderung dringender denn je. Ich werde mich den Plänen zur Zerschlagung des ERP-Sondervermögens entschieden widersetzen. Wenn es zu den von uns allen erhofften Neuwahlen kommt, wird dieses Vorhaben nicht mehr das Licht der Welt erblicken.

**Dagmar G. Wöhrl** ist die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Finanzierung des gemeinnützigen Sports sichern

Eine wichtige Säule der Finanzierung unserer gemeinnützigen Sportvereine sind neben den Zuwendungen aus den öffentlichen Haushalten die Erträge aus dem Lotteriede- und Glückspielwesen.

Mit diesen Mitteln können unsere Vereine die Mitgliedsbeiträge sozialverträglich gestalten, die Vielfalt ihrer Angebote sichern und durch ihre präventive Ausrichtung unsere Sozialsysteme entlasten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt deshalb eine Aufhebung des gesamten Glückspielmonopols, wie es die EU-Dienstleistungsrichtlinie vorsieht, ab. Aus gutem Grund ist das Lotteriede- und Glückspielwesen dem Ordnungsrecht zugeordnet, um Auswüchse, Illegalität und Begrenzung durch staatliche Konzessio-



Klaus Riegert

nierung zu verhindern bzw. zu sichern. Die Bundesregierung muss bei den Verhandlungen in Brüssel auch die Interessen des deutschen Sports nachhaltig vertreten. Es geht um 700 Millionen €, die dem Sport aus dem Lotteriede- und Glückspielwesen jährlich zufließen. Ohne diese Mittel sind die Autonomie des Sports, dessen Gemeinnützigkeit und die Arbeit von Millionen ehrenamtlich Tätiger gefährdet.

**Klaus Riegert** ist der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## 1990

- 5. 2.: In Anwesenheit von Helmut Kohl verabreden die Parteivorsitzenden de Maizière (CDU), Ebeling (DSU) und Schnur (DA), das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ zur Volkskammerwahl am 18. 3.
- 1. – 2. 10.: 38. CDU-Bundesparteitag (1. Parteitag der CDU Deutschlands) in Hamburg unter dem Motto „Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft“. Die fünf neuen ostdeutschen Landesverbände treten der CDU bei. Helmut Kohl wird Vorsitzender der gesamtdeutschen CDU.



## Mehr Gerechtigkeit für SED-Opfer

**Der Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 ist einer der wenigen Tage, auf den wir Deutsche uneingeschränkt stolz sein können.**

Daher muss dieses Datum in unserem Bewusstsein bleiben und auch zukünftig genutzt werden, den Mut und Freiheitswillen der Menschen damals im Bewusstsein der Menschen heute zu verankern.

Wir dürfen nicht aufhören, nachzufragen, ob und wie den Opfern der SED-Diktatur rechtliche Rehabilitierung und materielle Entschädigung zukommt. Beides ist dringend erforderlich.

Zwar konnten wir erreichen, dass im Bundestag ein fraktionsübergreifender Antrag, wonach Hinterbliebene von Personen, die im

Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Unterdrückung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 ihr Leben verloren haben, verabschiedet worden ist.

Jedoch hat die Regierungskoalition heute den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur jährlichen Debatte zum Stand der Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der SED-Diktatur abgelehnt. Damit bringt sie zum Ausdruck, dass das Thema jetzt für sie abgeschlossen ist.

Die Opfer der SED-Diktatur sind nach wie vor rentenrechtlich benachteiligt und stehen materiell weit schlechter, als diejenigen, die sich mit dem System arrangiert haben.

Dies umso mehr angesichts der Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner neuesten Rentenentscheidung zu Personen in staats- und systemnahen Funktionen die Schere zuungunsten der



Arnold Vaatz

Opfer des SED-Regimes noch weiter geöffnet hat. Die Union setzt sich daher nach wie vor für einen gerechten Ausgleich der rentensystematisch noch immer benachteiligten SED-Opfer ein und fordert, dass sie endlich für ihren Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte mit einer Opferpension gewürdigt werden.

**Arnold Vaatz** ist Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der Abgeordneten aus den neuen Bundesländern.

## 1994

20.–23. 2.: 5. Parteitag der CDU in Hamburg. Verabschiedung des neuen Grundsatzensprogramms unter dem Motto „Freiheit in Verantwortung“.

## 1996

20.–22. 10.: 8. Parteitag der CDU in Hannover. Die CDU beschließt die Frauenquote.

## Rot-grüne Agrarpolitik gescheitert!

**Der Agrarbericht 2005 zeigt eindeutig: Rot-Grün hat auf dem ganzen Gebiet der Agrarpolitik versagt!**

- Die Investitionen in die Landwirtschaft gehen seit 1998 zurück.
- Die Zahl der Beschäftigten hat um 150 000 Personen abgenommen.
- In der Landwirtschaft wird immer weniger gebaut.

Diese Zahlen zeigen: Die Menschen haben kein Vertrauen in die innovationsfeindliche Politik von Ministerin Künast. Deswegen investieren sie nicht. Darunter leidet das gesamte Agribusiness mit insgesamt 4,3 Millionen Beschäftigten. Frau Künast hat damit ihren persönlichen Beitrag zur hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland geleistet. Die Union fordert die Rückkehr zu einer



Gerda Hasselfeldt

modernen, innovativen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft! Hiervon sollen alle Landwirtschaftsbetriebe einschließlich des Ökolandbaus genauso profitieren können wie der Bereich Nachwachsende Rohstoffe. Es muss Schluss sein mit wettbewerbsverzerrenden nationalen Alleingängen, die der Wirtschaft schaden und dem Umwelt- und Verbraucherschutz nichts nutzen. Wir haben 15 konkrete Punkte genannt, die zu mehr Wachstum im ländlichen Raum führen werden. Mit

unserem Programm kann sofort begonnen werden, ohne dass zusätzliche Mittel aufgebracht werden müssen. Landwirtschaftspolitik muss sich wieder stärker dem Ziel unterwerfen, wettbewerbsfähige Strukturen zu schaffen.

**Gerda Hasselfeldt** ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Landwirtschaft – wichtige Stütze des Mittelstands

**Wie viele Bürger in Deutschland atmen, auch die Landwirte, nach der Ankündigung von Neuwahlen durch den Bundeskanzler tief auf.**

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit ihrer ideologisch betriebenen landwirtschaftsfeindlichen Agrarpolitik die deutsche Landwirtschaft, eine wichtige Stütze

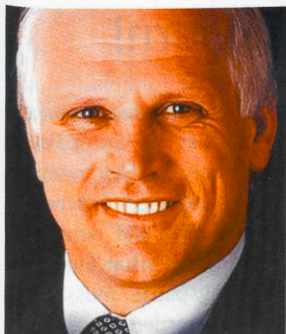
# 1998

7. 11.: 11. Parteitag der CDU in Bonn. Wolfgang Schäuble wird Parteivorsitzender.

# 2000

9.–11. 4.: Auf dem Parteitag in Essen wird Angela Merkel zur CDU-Vorsitzenden gewählt.





Peter Bleser

des Mittelstandes und das Rückgrat der ländlichen Räume, in eine schwierige Situation geführt. Nie zuvor mussten so viele landwirtschaftliche Familien ihre Hoftore für immer schließen und nie zuvor wurde in den Betrieben so wenig investiert. Das ist die Bilanz nach sieben Jahren rot-grüner Bundesregierung.

Mit dieser erschreckenden Bilanz wird Ministerin Künast in die Analen der Geschichte eingehen. Wie nicht anders zu erwarten, stört die grüne Ministerin das Schicksal vieler Bauernfamilien

herzlich wenig. Symptomatisch ist, dass sie in ihrem Ministerium trotz massiver Kritik ihre Beförderungswelle für politische Weggefährten fortsetzt und nur noch an ihrer zukünftigen Karriere nach den Wahlen bastelt.

Unter einer unionsgeführten Bundesregierung wird die Land- und Ernährungswirtschaft wieder die Rahmenbedingungen bekommen, um international und EU-weit wettbewerbsfähig zu sein und damit wieder Perspektiven zu haben. Die wirtschaftliche Bedeutung der Agrar- und Ernährungswirtschaft muss wieder Maßstab der Agrarpolitik werden.

Wir brauchen keine nationalen Alleingänge, die den Wettbewerb verzerren und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in Deutschland führen, ohne Natur-, Tier- und Umweltschutz zu verbessern.

Unsere Agrarbetriebe müssen den wissenschaftli-

chen und technologischen Fortschritt nutzen können, um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Die Landwirtschaft ist einer der modernsten und dynamischsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Wir wollen diese Spitzenstellung stärken und ausbauen. Diesen Wirtschaftsbereichen dürfen keine weiteren einseitigen Belastungen auferlegt werden. An die Stelle des Misstrauens muss wieder eine verlässliche Partnerschaft von Politik und Landwirtschaft treten.

**Peter Bleser** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



## WEB-TIPP

**Aktuell** auf [www.cducs.de](http://www.cducs.de)

■ Ergebnisse des Vermittlungsausschusses (PDF-Dokument)

## 2002

**13. 1.:** Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber wird als gemeinsamer Kanzlerkandidat der Union für die Bundestagswahl am 22. 9. aufgestellt.

**24. 9.:** Angela Merkel übernimmt den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## EU: Handlungsfähigkeit sichern!

**Der Europäische Rat hat mit seiner Entscheidung, den Ratifizierungsprozess für die Europäische Verfassung um ein Jahr zu verlängern, eine pragmatische Lösung gefunden und gleichzeitig seinen politischen Willen zum Ausdruck gebracht, nach einem Weg zu suchen, um die notwendige Reform der Europäischen Union mit 25 Staaten und 455 Mio. Menschen zu ermöglichen.**

Entscheidend sei es, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu sichern. Deswegen sei die 'Denkpause' richtig. Dies hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering in Brüssel zu dem Gipfelbeschluss erklärt.

„Diese zusätzliche Zeit muss genutzt werden, damit gemeinsam und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf die Zukunftsfragen der Europäi-



Hans-Gert Pöttering

schen Union gegeben werden können. Insbesondere gehe es dabei um die Verteidigung der gemeinsamen Werte und um die Handlungsfähigkeit der erweiterten Europäischen Union“, erklärte Pöttering.

„Diese Debatte darf nicht nur auf Ebene der Regierungen und Parlamente, sondern muss auch mit den gesellschaftlichen Gruppen und den Bürgerinnen und Bürgern geführt werden. Die Referenden in Frankreich und

den Niederlanden haben gezeigt, dass die Europäische Union zu schnell vorangegangen ist und die Menschen in Europa nicht auf dem Weg mitgenommen hat. Eine Ratifizierungspause muss dazu genutzt werden, diese Lücke zu schließen und den richtigen Weg für die Reform zu finden“, erklärte Pöttering.

Vor allem seien für die Erweiterung der Europäischen Union Konsequenzen zu ziehen. Der Grundsatz 'pacta sunt servanda' (Verträge sind einzuhalten) müsse für beide Vertragsparteien – EU und Beitrittsländer – gelten. Für die Beitrittsländer gelte, dass sie die Voraussetzungen erfüllen müssen. Vor allem im Hinblick auf die Türkei sei wichtig, dass die Möglichkeit einer 'privilegierten Partnerschaft' und nicht nur die Mitgliedschaft in der EU Bestandteil des Verhandlungsmandates des EU-Ministerrates sei.

## 2005

30. 5.: Angela Merkel wird auf einer gemeinsamen Präsidiumssitzung von CDU und CSU in Berlin Kanzlerkandidatin der Union.



**Sonderpreis**

**Reflektorenarmband für Hand- und Fußgelenk**

Bei Sport und Spiel ein nützlicher Begleiter für die Straße

Bestell-Nummer: **9740**

Preis je **12 Stück: 6,00 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €



**Sonderpreis**

**CDU-Handysessel**

orange

Bestell-Nummer: **9659**

blau

Bestell-Nummer: **9660**

Preis je **1 Stück: 1,00€**

inkl. MwSt.: 1,16 €



**Sonderpreis**

**Kleiner Ball – in 2 versch. Farben**

20 Bälle im Netz inkl. einer Ballpumpe.

Er ist wie ein Fußball, jedoch kleiner und handlicher.

Der ideale Spielball nicht nur für Kinder.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je **20 Stück: 25,80 €**

inkl. MwSt.: 29,93 €



**Sonderpreis**

**Kleiner Ball – als Doppelpack – schon aufgepumpt –**

Bestell-Nummer: **9824**

Preis je **2 Bälle: 6,00 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €





### Sonderpreis

#### Multifunktions-Card – mit Lupe und Kompass

Der Praktiker für unterwegs mit 12 verschiedenen Funktionen.

Bestell-Nummer: **9826**

Preis je **5 Stück: 5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €



#### Fingerklingel „Signal für den Wechsel“

Der trendige Artikel für Skater, Skooteroller und Rollerbladfahrer. Mit Klettverschluss für einen festen Sitz.

Bestell-Nummer: **9825**

Preis je **5 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



### Sonderpreis

#### Rollbandmaß

2 m

Bestell-Nummer: **9834**

Preis je **5 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



### Sonderpreis

#### Nähetui

Mit Schere zum Herausziehen und mit nützlichen Nähutensilien

Bestell-Nummer: **9827**

Preis je **10 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



# Bestellschein > Medaille „60 Jahre CDU“

Union Betriebs-GmbH  
Postfach 1190

53348 Rheinbach

**Fax 02226/802-111**  
Bestellung auch über das Druckportal des CDUNet



Die Lieferung wird erbeten  
gegen Rechnung an folgende Anschrift:

(Bitte keine Postfachanschrift!)



<b>Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift</b>	<input type="text"/>	<b>Lieferanschrift</b> (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

### Anlässlich der Gründung der CDU vor 60 Jahren

**Die Vorderseite** mit dem Motiv „60 Jahre CDU. – Erfolgreich für Deutschland. – 1945-2005.“

**Die Rückseite** mit den umlaufenden Namen aller Parteivorsitzenden von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel und dem Motiv „Besser für die Menschen. – CDU“

Anzahl	Material	Beschreibung
	Bronze	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil glänzend, Schriften poliert, Rückseite gebürstet, 50 mm Durchmesser, im Etui Stückpreis <b>18,00 Euro</b> , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.
	Feinsilber 1000	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil spiegelglanzgeprägt, Schriften poliert, Rückseite spiegelglanzgeprägt, 40 mm Durchmesser, im Etui, Stückpreis <b>40,00 Euro</b> , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.

### Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, dass ich diesen Auftrag innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG-Medienzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

### So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen steht Ihnen jederzeit zu Verfügung:

Christa Greef      Telefon: 0 22 26/8 02-1 02

Datum / Unterschrift

Union Betriebs-GmbH  
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach  
christa.greef@ubg-medienzentrum.de

## Werbeartikel „60 Jahre CDU“



### **Streichhölzer „60 Jahre CDU“ Schachtel-Set mit 20 verschiedenen Plakatmotiven**

Bestell-Nummer: **9205**  
Preis je 100 Stück: **8,50 €**  
inkl. MwSt.: 9,86 €



### **Kugelschreiber**

Bestell-Nummer: **9204**  
Preis je 100 Stück: **64,50 €**  
inkl. MwSt.: 74,82 €





**Postkarten-Set  
„60 Jahre CDU“  
5 verschiedene Motive (1 Set)**

Bestell-Nummer: **9206**  
Preis je 25 Sets: **10,00 €**  
inkl. MwSt.: 11,60 €



# UID

UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



## Broschüre „60 Jahre CDU“ Erfolgreich für Deutschland

Bestell-Nummer: **5208**

Preis je 25 Stück: **12,25 €**

inkl. MwSt.: 13,11 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)